

Vielfalt und Repräsentation Die Rolle der ethnischen Herkunft in der Politik

Liza Mügge, Özgür Özvatan und Judith de Jong

Summary: What do citizens with a migration background expect from Members of Parliament with a migration background? How do MPs with a migration background deal with expectations of constituencies with a migration background? Drawing on focus group interviews with citizens and in-depth interviews with MPs we find stark differences between respondents who experience everyday racism based on their background (e.g. Turkish, Black) and those who do not (e.g. White, European migration background) – which holds for both citizens and politicians.

Kurz gefasst: Was wird von Abgeordneten mit Migrationshintergrund erwartet und wie gehen sie mit diesen Erwartungen um? Fokusgruppensprechungen mit Bürger:innen und Tiefeninterviews mit Abgeordneten mit Migrationshintergrund deuten auf stark unterschiedliche Wahrnehmungen von politischer Repräsentation verschiedener Gruppen hin. Es macht einen großen Unterschied, ob Menschen Alltagsrassismus aufgrund ihrer Herkunft erfahren (Türkeistämmige und Schwarze) oder nicht (bei westeuropäischem Migrationshintergrund und Weißen). Dies gilt sowohl für Bürger:innen als auch für Politiktreibende.

Deutsche Parteipolitik ist traditionell vor allem eine Angelegenheit weißer Männer. Seit der Staatsbürgerschaftsreform zur Jahrtausendwende öffnen sich Parteien allmählich gegenüber Bürger:innen mit sogenanntem Migrationshintergrund. Aktuell wird ihr Anteil unter den Wahlberechtigten bei etwa 12 Prozent geschätzt, der Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt sogar bei ungefähr 25 bis 30 Prozent.

Vielfalt ist ein unverkennbares Strukturmerkmal der deutschen Gesellschaft geworden. Um dem gerecht zu werden, lautet eine Strategie politischer Parteien, Abgeordnete mit Migrationshintergrund zu rekrutieren. Allerdings sind Abgeordnete mit Migrationshintergrund auf Landes- und Bundesebene weiterhin unterdurchschnittlich vertreten. Seit dem Einzug der ersten zwei Mandatsträger:innen mit Migrationshintergrund in den Deutschen Bundestag, Cem Özdemir (Grüne) und Leyla Onur (SPD), im Jahr 1994, ist ihr Anteil nur auf 8,2 Prozent gestiegen.

Was erwarten Staatsbürger:innen auf der einen und Abgeordnete auf der anderen Seite von Diversität und ihrer Repräsentation im Bundestag? Ist Herkunft überhaupt eine relevante Kategorie? Acht Online-Fokusgruppensprechungen mit deutschen Staatsbürger:innen (mit und ohne Migrationshintergrund) und bislang acht Interviews (weitere werden geführt) mit Politiktreibenden mit Migrationshintergrund deuten darauf hin, dass Bürger:innen mit Migrationshintergrund politische Repräsentation sehr verschieden interpretieren, abhängig von ihren Einwanderungsgeschichten, ihren Privilegien oder dem Grad der Marginalisierung. Politiker:innen aus marginalisierten Herkunftsgruppen erfahren Formen von Abstrafung, wenn sie ihre Herkunft politisieren.

Gespräche mit vier „Herkunftsgruppen“ (Türkei, ehemalige Sowjetunion, Afrika und „kein Migrationshintergrund“) über Wahrnehmungen zur politischen Repräsentation, obwohl nicht repräsentativ, lieferten Einblicke in die Vielstimmigkeit der Positionen dieser Communities. Es zeigte sich, dass Bürger:innen mit Migrationshintergrund über „die Politik“ als ein von ihrer alltäglichen Lebenswelt entferntes Phänomen sprechen, während sich jene ohne Migrationshintergrund vergleichsweise gut vertreten fühlen.

In der Gruppe der Deutsch-Türk:innen ist eine verbreitete Position, dass der wahrgenommene Mangel an politischer Repräsentation untrennbar ist von Erfahrungen mit strukturellem Rassismus. So erinnern sie sich daran, wie Gesundheitsminister Jens Spahn migrantische Bürger:innen, die für Verwandtschaftsbesuche nach Osteuropa und in die Türkei reisten, als „Initiatoren der zweiten Corona-Welle“ zur Zielscheibe machte. In Repräsentationsfragen werden türkischstämmige Bundestagsabgeordnete nicht als relevant betrachtet, die Position von Cem Özdemir als zentrale deutsch-türkische politische Figur wird kritisch diskutiert. Einige bezweifeln, dass er die Heterogenität der türkisch-deutschen Gemeinschaft repräsentieren könne. Zudem wird bemängelt, er trete als assimilierter Deutscher auf, um seiner Partei zu gefallen. Besser vertreten fühlten sich einige durch Kanzlerin Angela Merkel – aufgrund ihrer Fähigkeit zur Selbstreflexion während der Corona-Krise.

In der Community aus der ehemaligen Sowjetunion zeigt sich eine Spaltung bezüglich der Einwanderungsgeschichte. Die untersuchte Community umfasst Spätaussiedler:innen und Personen, die nicht als Spätaussiedler:innen eingewandert sind. Während für manche die Migrationserfahrung ein konstitutiver Teil ihrer Identität ist, lehnen andere eine Einordnung in die Kategorie „Migrations-

hintergrund“ rigide ab. Diese Spaltung beeinflusst die Erwartungen an politische Repräsentation: Die einen sehen sich durch Mandatsträger:innen mit Migrationshintergrund besser verstanden und vertreten, während die anderen bezweifeln, dass die Herkunft einen solchen Effekt hat – und haben sollte. Abgesehen davon wird eine Kritik immer wieder geäußert: Geflüchtete und neu Eingewanderte seien in den letzten Jahren ihnen gegenüber bevorzugt worden. Andere hingegen betrachten sich durch ihre „Whiteness“ und den unproblematischen Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft als vergleichsweise privilegiert.

Anders als bei den genannten Fokusgruppen gibt es für „Schwarze“ Menschen oder Menschen mit Afrika-Bezug keine geläufige und breit akzeptierte Kategorie „Migrationshintergrund“. Vieles deutet darauf hin, dass es eine vergleichsweise kleine und in sich diverse Community ist. Eine geteilte Erfahrung dieser Community ist, dass sie in von „Weißen“ dominierter Politik und Forschung fortwährend die Erfahrung macht, marginalisiert zu werden. Dieser Aspekt strukturierte letztlich auch den Forschungsprozess. „Schwarze“ Deutsche und jene mit Afrika-Bezug zögerten mit der Teilnahme an den Diskussionen mit Verweis darauf, wie sie in der Einladung als Gruppe markiert wurden und mit dem Hinweis auf die weiße Projektleitung. Bei dieser Gruppe konnten nicht wie bei den anderen drei Fokusgruppensitzungen stattfinden, sondern nur eine. Die Gespräche ergaben, dass die Teilnehmer:innen zutiefst von „der Politik“ enttäuscht sind. Ähnlich wie bei der deutsch-türkischen Gruppe wird diese Enttäuschung mit Erfahrungen von Alltags- und strukturellem Rassismus verknüpft. Als positives Beispiel für Repräsentation wurde vereinzelt erwähnt, dass sich die Schwarze Landtagsabgeordnete Aminata Touré (Grüne) gegen rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingesetzt hat.

Parteilpolitisch aktive Menschen, denen über ihr Aussehen oder ihren Namen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, geben an, seit ihrer Kindheit oder ihrer Ankunft in der Bundesrepublik als „Andere“ ungleich behandelt zu werden. Sie berichten von der Omnipräsenz ihrer Herkunft, von Diskriminierung und (strukturellem) Rassismus in ihrem privaten und professionellen Leben. Ihr Migrationshintergrund ist keine private, familiäre Angelegenheit, sondern wird von der Öffentlichkeit mit Argusaugen beobachtet (Einblicke in diese Erfahrungen bietet zum Beispiel ein vom ehemaligen Bundestagsabgeordneten Özcan Mutlu 2016 herausgegebener Sammelband).

Für deutsch gelesene Abgeordnete, nämlich Weiße mit vornehmlich westeuropäischen Migrationsgeschichten, beschreibt der Migrationshintergrund eher eine statistische Kategorie. Die Bezeichnung löst häufig Irritationen aus, da sie mit anderen, problematisierten Gruppen verbunden wird. Für diese Abgeordneten lässt sich die Migrationsgeschichte als private oder familiäre Angelegenheit leben, sie wird in der Öffentlichkeit kaum thematisiert. Sie berichten allerdings, dass mit dem politischen Mandat die öffentliche Relevanz des Migrationshintergrunds zunehme, wobei eine Profilierung durch dieses Merkmal für sie nicht in Frage kommt – beziehungsweise umstritten ist. So sind Bürger:innen mit diesen Migrationsgeschichten keine politisierten Gruppen in der Bundesrepublik, die Antirassismus- oder Gleichstellungsarbeit leisten. Ihren Herkunftsgruppen wird auch nicht nachgesagt, Parallelgesellschaften zu schaffen oder eine Bedrohung für die deutsche Gesellschaft oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt darzustellen.

Abgeordnete mit erkennbarem Migrationshintergrund hingegen befinden sich in der Situation, eine bewusste Entscheidung treffen zu müssen, ob sie ihre Herkunft politisieren oder ausblenden. Interventionen im Bereich der Migrationspolitik bergen für sie besondere Gefahren: Sie erhalten massenhaft Hassnachrichten und erfahren Online-Gewalt, die primär auf ihre Herkunft statt primär auf die von ihnen vertretenen Inhalte abzielen. Insbesondere Frauen berichten von Hassnachrichten, in denen gewaltvolle sexuelle Phantasien ausgeschmückt werden. Politik nach Herkunft wird so zur komplizierten Kosten-Nutzen-Frage. Insbesondere, wenn sie Ressourcen bindet: Sollen Hassnachrichten gesichtet, Sicherheitsorgane kontaktiert und eine Team-Seelsorge finanziert werden? Wie reagieren die Partei und Wähler:innen aus der Mehrheitsgesellschaft auf „Community-Politik“? Die Gratwanderung zwischen politischem Mehrwert und Kosten birgt enormes Potenzial für inklusive Politik –



Liza Mügge ist Associate Professor für Politikwissenschaften an der Universität Amsterdam. 2020 und 2021 war sie Alexander von Humboldt Fellow am WZB. Ihre Forschung umfasst politische Repräsentation, Diversität und Ungleichheit.
(Foto: Monique Kooijmans)

l.m.mugge@uva.nl



Özgür Özvatan ist stellvertretender Leiter der Abteilung Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik am Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung. Zudem leitet er in der Abteilung die Nachwuchsgruppe „Deutscher Islam als Alternative zum Islamismus?“ *[Foto: Stadtgören Fotografie]*

oezguer.oezvatan@hu-berlin.de



Judith de Jong ist Doktorandin der Politikwissenschaften an der Universität Amsterdam. In ihrer Doktorarbeit untersucht sie, wie Bürger:innen mit Migrationshintergrund ihre politische Repräsentation in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden wahrnehmen und einordnen. *[Foto: privat]*

j.c.dejong2@uva.nl

aber auch für Pyrrhussiege. Auf der einen Seite kann diese Form von Identitätspolitik marginalisierte Betroffenheit und Perspektiven sichtbar machen und so postmigrantische Solidaritäten jenseits ethnischer Konfliktlinien erzeugen, andererseits können auf parteipolitischer Ebene Vorwürfe der „ethnischen Klientelpolitik“ aufkommen, und massenhaft eingehende Hassnachrichten können nennenswert Zeit und Energie binden.

Auch Abgeordnete mit weniger sichtbarem Migrationshintergrund werden massiv bedroht, jedoch deutlich weniger auf ihr Geschlecht oder auf ihre Herkunft bezogen. Drohungen richten sich gegen allgemeine politische Positionen, wobei migrationspolitisch liberale Stellungnahmen besonders mobilisierend wirken. Abgeordnete mit erkennbar nicht deutscher Herkunft berichten, dass ihnen innerhalb ihrer Partei mit Argwohn begegnet wird, wenn sie sich für Minderheiten-Communities einsetzen. Auf „Community-Politik“ lastet ohnehin ein scharfer Druck, der knifflige Ambivalenzen erzeugt. Zu möglichen Vertrauensverlusten in den Reihen der jeweils eigenen Parteien gesellen sich scharfe Reaktionen aus den Communities. So werden beispielsweise politische Themen, die die türkische Community betreffen, als brisant empfunden. Die traditionell klare Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik wird hier porös. Bundestagsabgeordnete mit Türkeibezug sorgen sich wegen Bedrohungen durch türkische Rechtsextremisten und -radikale, sie treffen Sicherheitsvorkehrungen wie das Meiden von Taxifahrten in Berlin.

Ist Herkunft eine relevante Kategorie für politische Repräsentation? Jein. Fokusgruppen-Teilnehmer:innen ohne Migrationshintergrund fühlen sich politisch relativ gut repräsentiert. Teilnehmer:innen aus der ehemaligen Sowjetunion stehen der Repräsentationsfrage zwiespaltig gegenüber. Die Fokusgruppensprechenden deuten darauf hin, dass es für marginalisierte Communities – muslimische, türkische und „Schwarze“ Menschen (mit Afrikabezug) – eine zentrale Rolle spielt, dass ihre Herkunft zu rassistischen Zuschreibungen Anlass gibt. Teilnehmer:innen aus diesen Gruppen fühlen sich von „der Politik“ nicht gehört, nur die Gruppe, die sich selbst mit der Beschreibung „afrikanischer Hintergrund“ identifiziert, fühlt sich manchmal durch Politiker:innen desselben Hintergrunds vertreten. Offenbar führt bei marginalisierten Communities die von außen zugetragene Omnipräsenz ihrer „Herkunft“ zu einer Abwehrhaltung nicht nur gegenüber strukturellem Rassismus, sondern auch gegenüber einer „Selbstethnisierung“. Sie wollen politische Repräsentation nicht auf Herkunft reduzieren. Dies zeigt, dass politische Botschaften sich an pluralen Lebenswelten orientieren und sie politisch anerkennen und wertschätzen sollten. Herkunft gehört dabei mitgedacht, aber eben nicht überbetont.

Wie Politik die Kategorie „Herkunft“ nutzt, ist eine schmale Gratwanderung. Abgeordnete mit Migrationshintergrund, die unhinterfragt als „deutsch“ durchgehen, können flexibel mit dieser Kategorie umgehen. Sie können ihre Migrationsgeschichte bei Bedarf einsetzen, werden aber nicht nach ihrer Herkunft bewertet oder auf sie reduziert, die vertretenen politischen Inhalte bleiben im Vordergrund. Anders verhält sich das bei Abgeordneten mit „erkennbarem“ Migrationshintergrund. Bei ihnen ist er in ihrer politischen Arbeit omnipräsent, ihre Positionen werden oftmals auf ihre Herkunft reduziert oder vor diesem Hintergrund bewertet, von Wähler:innen und im Parlament. Gleichzeitig sind sie der Erwartungshaltung „ihrer“ Communities nach umfänglicher Repräsentation ausgesetzt. Die Omnipräsenz von Herkunft führt zu Problemen: Vertrauensverlust und Zorn sowohl von Parteikolleg:innen als auch aus den jeweiligen Communities.

Sich von Mandatsträger:innen gut vertreten zu fühlen, ist ein zentraler Baustein für repräsentative Demokratie. Unsere Forschung legt offen, dass die gefühlte politische Repräsentation zwischen verschiedenen Herkunftskategorien ungleich verteilt ist. Angesichts der prognostizierten Zunahme von Wähler:innen mit Migrationshintergrund erscheint es essenziell für die Resilienz der repräsentativen Demokratie, das Vertrauen in Mandatsträger:innen und politische Institutionen zu stärken. Es bietet sich dafür an, die Diversifizierung der Mandatsträger:innen voranzutreiben, also mehr Kandidat:innen unterschiedlicher, besonders marginalisierter, Hintergründe aufzustellen. Im September 2021 wird sich zeigen, ob die Pluralisierung des Bundestags voranschreitet, stagniert oder abnimmt.

Literatur

Mutlu, Özcan (Hg.): *Politik ohne Grenzen. Migrationsgeschichten aus dem Deutschen Bundestag*. Berlin: Siebenhaar-Verlag 2016.